

ADB-Artikel

Olshausen: *Theodor O.*, schleswig-holsteinischer Staatsmann und Publicist, geb. am 19. Juni 1802 zu Glückstadt in Holstein, † am 31. März 1869 in Hamburg. Er war ein jüngerer Bruder des Theologen Hermann O. und des Orientalisten Justus O. Er erhielt seine erste Bildung auf der Gelehrtenschule zu Glückstadt, wo sein Vater (s. o. S. 322) Hauptprediger war, und nachdem dieser 1815 einem Rufe nach Eutin gefolgt war, auf dem Eutiner Gymnasium, welches damals unter der Leitung des Rector König stand. Im Alter von 18 Jahren bezog er die Universität, um die Rechte zu studiren, zuerst in Kiel von Michaelis 1820 an, dann von Michaelis 1821 bis Ostern 1823 in Jena, und dann wieder in Kiel bis Ostern 1824. In Jena, wo er besonders mit Arnold Ruge befreundet war, trat er in die damals alle bedeutenderen jugendlichen Kräfte anziehende Burschenschaft, und zwar in den sogenannten Bund der Jungen. Dies hatte die Folge, daß er, als er im J. 1824 im Begriff war, in Eutin das oldenburgische Staatsexamen zu machen, in die damals mit traurigem Eifer betriebenen demagogischen Untersuchungen verwickelt wurde. Um einer langjährigen Hast, welche so viele seiner Genossen unter der herrschenden Reaction erdulden mußten, zu entgehen, hielt er es für das Gerathenste, sich der Untersuchung durch die Flucht zu entziehen. Er ging im August 1824 steckbrieflich verfolgt über Euxhaven und Holland nach Paris und von da im Januar 1825 nach Basel. Hier lebte er unter einem angenommenen Namen zwei Jahre lang und erwarb sich seinen Unterhalt durch Unterricht, eine Zeitlang auch als Hauslehrer. Später ging er wieder nach Paris, wo er mit seinem Bruder Justus zusammentraf, welcher dort damals mit Vorarbeiten zu seiner Ausgabe des *Vendidad* beschäftigt war. Zu Ende des Jahres 1827, als sich die ärgste Demagogenhetze einigermaßen verlaufen hatte, glaubte O. ohne Gefahr nach Deutschland zurückkehren zu können. Er wandte sich zuerst nach München, dann nach Augsburg, wo er unter beständigen Conflicten mit der Censur eine kleine täglich erscheinende Zeitung redigirte. Gelegentlichen polizeilichen Verwarnungen entging das liberale Blatt natürlich nicht. Auch ward er einmal, auf Metternich's ausdrückliche Beschwerde, mit der Unterdrückung des Blattes bedroht. Als endlich in Schleswig-Holstein durch ein königliches Rescript die demagogischen Untersuchungen niedergeschlagen waren, ging O. im Sommer 1829 nach Kiel zurück, bestand im Herbst 1829 das juristische Amtsexamen in Glückstadt und ließ sich als Rechtsanwalt in Kiel nieder. Aber es war nicht seine Absicht, sich vorzugsweise der privatrechtlichen Praxis zu widmen. Schon im Februar 1830 begründete er das Kieler Correspondenzblatt, ein der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten in liberalem Sinne gewidmetes, anfänglich zweimal, später dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt, welches er bis März 1848 leitete. Ein derartiges rasonnirendes Organ war in Schleswig-Holstein eine neue Erscheinung. Bald verbreiteten sich die von der Julirevolution ausgehenden Schwingungen auch über Deutschland. Die dadurch gesteigerte politische Empfänglichkeit der Gemüther und das

hervorragende publicistische Talent Olshausen's verschafften dem Blatt bald großes Ansehen und zahlreiche Leser. Nicht wenig trug auch dazu bei die gegen Ende des Jahres von Uwe Jens Lornsen ausgehende patriotische Bewegung, welche auch O. neben anderen deutschgesinnten Männern, wie Falck, Hegewisch, Michelsen, Preußner, mit allen Kräften unterstützte. Wenn auch damals die Bewegung in der Hauptsache scheiterte und nur zu der Begründung beratender und für Schleswig wie für Holstein getrennter Provinzialstände den Anstoß gab, so blieb doch das von Lornsen aufgestellte Programm, ein für Schleswig-Holstein gemeinsamer beschließender Landtag mit vollem Steuerbewilligungsrecht, mit engstem Anschluß an Deutschland, und zu Dänemark das reine Verhältniß der Personalunion, von da an das gemeinsame Ziel, nach dem alle patriotisch gesinnten Schleswig-Holsteiner strebten und für das auch O. in den nächsten Jahren im Correspondenzblatt thätig war. Daneben kämpfte er mit unermüdlicher Ausdauer vom Standpunkte wahrer Freiheit und Humanität gegen alle veralteten Mißbräuche, gegen ständisches Privilegienwesen, gegen bürokratische Bevormundung, gegen spießbürgerliche Engherzigkeit, gegen confessionelle Intoleranz sowie gegen Vorurtheile jeder Art. Das Correspondenzblatt war während der dreißiger und vierziger Jahre der allgemeine Sprechsaal für Schleswig-Holstein, in welchem alle Beschwerden vorurtheilsfrei und ohne Engherzigkeit erörtert, alle dem Lande nützlichen Reformen befürwortet wurden. Als eine besondere kleine Schrift erschien während dieser Jahre „Das dänische Königsgesetz, das ist das fortwährend geltende Grundgesetz für das Königreich Dänemark, übersetzt und mit einer historischen Einleitung und einer Schlußbemerkung versehen von Th. O. Eutin und Kiel 1838.“ Einige Jahre lang war O., durch die städtischen Behörden gewählt, auch Actuar am Kieler Niedergericht. Aber obgleich dieses Amt recht einträglich war, so entsprachen doch die damit verbundenen meistens trivialen Geschäfte nur wenig seinem Geschmacke, und er trat bald wieder davon zurück. Ein großes Verdienst um das Land erwarb er sich durch sein energisches Wirken für das Zustandekommen der Altona-Kieler Eisenbahn. Gegen die sonderbarsten Vorurtheile, die uns jetzt fast unbegreiflich erscheinen, hatte man damals in der Kindheit der Eisenbahnen zu kämpfen. Namentlich wollte niemand an die Rentabilität glauben, welche O., kräftig unterstützt durch Georg Haussen (damals Professor in Kiel, jetzt in Göttingen), siegreich vertheidigte. Auch das spießbürgerliche Vorurtheil, daß die Eisenbahn durch die Erleichterung des Verkehrs mit Hamburg den einzelnen von ihr berührten Ortschaften die Nahrung entziehen und ihren Wohlstand ruiniren werde, machte ihm viel zu schaffen. Als endlich im September 1844 die 14 Meilen lange Altona-Kieler Bahn eröffnet wurde, war es nur eine gerechte Anerkennung seiner Verdienste, wenn O. zum Mitglied der Direction erwählt ward. So war er von 1844 an, bis er 1848 in die provisorische Regierung eintrat, Eisenbahndirector.

Inzwischen nahm, seit Christian VIII. im J. 1839 die Regierung angetreten hatte, der große politische Gegensatz zwischen Dänemark und den Herzogthümern einen immer ernsteren Charakter an, und es war klar, daß bald eine kritische Wendung eintreten mußte. Während dieser Zeit, im Anfang der vierziger Jahre, verirrte sich O. vorübergehend in den sogenannten Neuholsteinismus, welcher, um Holstein zu retten, Schleswig preisgeben wollte. Es war ein ganz unhistorischer Gedanke. Denn seit der Zeit der Schauenburger geht der Zug

der schleswig-holsteinischen Geschichte dahin, durch die enge Verbindung mit Holstein auch Schleswig für Deutschland zu retten. Dagegen wollte die neuholsteinische Lehre das historische Recht und die nationale Sache opfern, um einem auf diesem Wege doch unerreichbaren Phantom der Freiheit nachzujagen. Nur aus der trostlosen Stimmung, die unter dem deutschen Bund in Deutschland herrschte, läßt sich eine solche pessimistische Ansicht erklären. O. gewann für seine neue Lehre nur wenige Anhänger, unter denen der Advocat Claussen in Kiel der bedeutendste war. Außer diesem ist zu nennen der Advocat Hedde, welcher auch, seit O. durch die Eisenbahngeschäfte in Anspruch genommen war, ihn in der Leitung des Correspondenzblattes unterstützte und ihm die eigentlich redactionellen Geschäfte zum größten Theil abnahm. Indeß war O. selber nicht eigensinnig. Als der Conflict mit Dänemark einen ernsteren und gefahrdrohenden Charakter annahm, nach dem Ussing'schen Antrag 1844 und besonders seit dem Offenen Brief 1846, ließ O. die neuholsteinische Idee, welche eine Spaltung in den Widerstand der Herzogthümer zu bringen drohte, alsbald fallen und stand fest und unverbrüchlich zu den Vertheidigern der vollen und ungeschmälerten Rechte des Landes. Und nun nahm O. auch bald unter den Leitern der mächtigen volksthümlichen Bewegung, welche sich gegen den Offenen Brief erhob, eine der hervorragendsten Stellungen ein. Nachdem am 20. Juli 1846 eine große Volksversammlung zu Neumünster durch eine energische Adresse gegen den Offenen Brief protestirt hatte, erging ein allgemeines Verbot aller Versammlungen, in welchen die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herzogthümer erörtert werden sollten. Die verfassungsmäßige Zulässigkeit dieses Verbotes beleuchtete O. in einer öffentlichen Versammlung zu Kiel am 23. August. Er bestritt die Gesetzlichkeit des Verbots und um die Probe auf das Exempel zu machen, berief er nebst einigen politischen Freunden zum 14. September eine große Volksversammlung nach Nortorf, auf die man bei der herrschenden Aufregung mit großer Spannung blickte. Die Regierung, welche in O. den leitenden Kopf der Bewegung erkannte, beschloß nun, durch einen Gewaltstreich ihn vorläufig unschädlich zu machen. Am 1. September ward ihm von der Polizeibehörde in Kiel das Versprechen abverlangt, daß er sich an Volksversammlungen ferner nicht betheiligen noch für solche thätig sein wolle. Da er selbstverständlich dieses verweigerte, ward er in Folge eines ausdrücklichen Befehls des Königs sofort verhaftet und auf die Festung Rendsburg abgeführt. In Kiel erfuhr man erst etwas von der Sache, als O. schon seit einigen Stunden auf dem Wege nach Rendsburg war, wo er auf der Hauptwache gefangen gehalten wurde, bis auf seine Beschwerde der höchste Gerichtshof der Herzogthümer, das Appellationsgericht in Kiel am 13. October dahin entschied, daß zur Fortdauer der Verhaftung kein Grund vorliege. Nach anderthalbmonatlicher gesetzloser Haft ward O. am 14. October wieder in Freiheit gesetzt, und kehrte am 16. nach Kiel zurück, wo ihm von den städtischen Behörden und von der gesammten Bürgerschaft ein festlicher Empfang bereitet wurde, wie er herzlicher und großartiger nicht gedacht werden kann. So viel hatte die Regierung durch ihren Gewaltact allerdings erreicht, daß die Nortorfer Versammlung, die ihres Leiters beraubt war, ziemlich resultatlos im Sande verlief. Aber zugleich hatte sie bewirkt, daß O., dessen Einfluß und Ansehen schon vorher sehr groß war, von jetzt an der unbestrittene Führer aller etwas vorgeschrittenen Liberalen im Lande wurde. Zunächst ward er 1847 von der Stadt Kiel zum Mitglied der holsteinischen Provinzialständeversammlung gewählt. Im Januar 1848 starb König Christian

VIII. und hinterließ den Entwurf einer Gesamtstaatsverfassung, welche sein Nachfolger Friedrich VII. durchzuführen unternahm. Zur Berathung und Feststellung dieser Verfassung sollten „erfahrene Männer“ gewählt werden. Aber in den Herzogthümern wollte man keine mit Dänemark gemeinsame Verfassung. Während die Frage, ob man die Verfassung annehmen oder ablehnen solle, überall lebhaft erörtert wurde, trat die Februarrevolution ein und trieb auch die schleswig-holsteinische Frage zu einer entscheidenden Krisis. In Dänemark drängte alles auf eine gewaltsame Incorporation Schleswigs hin; in den Herzogthümern war man ebenso entschlossen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Man beschloß daher, daß die Stände beider Herzogthümer am 18. März zu einer gemeinsamen Sitzung in Rendsburg zusammentreten sollten, um die Lage des Landes zu berathen. O., Claussen und einige wenige andere hielten es für gerathen, sofort eine provisorische Regierung einzusetzen und sich der Festung zu bemächtigen. Allein die Majorität, an deren Spitze Graf Reventlou und Wilhelm Beseler standen, hielt solche extreme Schritte noch für verfrüht. Man einigte sich endlich dahin, daß eine Deputation von fünf Mitgliedern die Forderungen des Landes gewissermaßen als Ultimatum nach Kopenhagen überbringen solle. Diese Forderungen waren sofortige Vereinigung der Stände beider Herzogthümer zur Berathung einer schleswig-holsteinischen Verfassung, Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, vollständige Preßfreiheit sowie freies Vereins- und Versammlungsrecht, und endlich sofortige Entlassung des Regierungspräsidenten von Scheel. Zu Mitgliedern der Deputation wurden gewählt O., Claussen, Dr. Gülich, Kammerherr von Neergaard und Regierungsrath Engel. Die Deputation reiste am 21. März mit dem Dampfschiffe von Kiel nach Kopenhagen ab. Als sie am nächsten Tage dort ankam, hatte sich inzwischen die ganze dortige Sachlage geändert. Die eiderdänische Partei hatte, bevor die Forderungen der Herzogthümer an den König gelangten, die „Selbsthülfe der Verzweiflung“ in Scene gesetzt, durch Massendemonstrationen war die bisherige Regierung gestürzt und aus den Häuptern der eiderdänischen Partei, Orla Lehmann, Monrad, Hvidt u. s. w. war ein neues Ministerium gebildet. Damit waren die Forderungen der Herzogthümer abgelehnt, noch ehe sie vorgebracht waren. Die Deputation wurde schon bei ihrer Ankunft von wüsten Pöbelhaufen insultirt. In dem Gasthofs, wo sie abgestiegen waren, schien ihre persönliche Sicherheit gefährdet. Von Orla Lehmann veranlaßt lud dessen Onkel Consul Hage die Deputirten zu sich ein und in seinem Hause wohnten sie halb als Gäste, halb als Gefangene. Am 23. März hatten sie eine Audienz beim König, der ihnen mündlich eine nichtssagende Antwort ertheilte. Die schriftliche Antwort, welche nachfolgte, enthielt die Incorporation Schleswigs. Damit war der Krieg entschieden. Eine Zeit lang war davon die Rede gewesen, die Deputirten, entweder alle oder einzelne, namentlich O., als Geiseln zurückzubehalten. Endlich aber sah man das Unwürdige und Nutzlose einer solchen Maßregel ein, und so wurden sie heimlich und ohne Aufsehen an Bord des Dampfers Hekla gebracht, welcher sie nach Kiel zurückführte, wo sie am 26. März Morgens anlangten. Auch hier war inzwischen eine vollständige Umwälzung vor sich gegangen. Auf die Nachricht von der Bildung des Casinoministeriums in Kopenhagen war Wilhelm Beseler am 23. März von Schleswig nach Kiel geeilt, war hier mit dem Prinzen von Noer und dem Grafen Reventlou-Preetz in Berathung getreten, und in der Ueberzeugung, daß nur durch rasches und entschiedenes Handeln der drohenden Gefahr begegnet werden könne,

beschlossen jene drei: Beseler, Graf Reventlou, der Prinz von Noer mit Zuziehung des Kaufmanns M. T. Schmidt aus Kiel und des Advocaten Bremer aus Flensburg eine provisorische Regierung der Herzogthümer zu bilden. Am 24. früh ward die Regierung in Kiel feierlich proclamirt. Das ganze Land, alle Behörden traten ihr sogleich bei. Noch an demselben Tage ward die Festung Rendsburg durch Ueberrumpelung genommen, und nun nahm die provisorische Regierung hier in der Landesfestung ihren Sitz. Nachdem die Deputation aus Kopenhagen zurückgekehrt war, ward O. hauptsächlich auf Beseler's Betrieb aufgefordert, in die provisorische Regierung einzutreten, in welcher er von jetzt an den linken Flügel bildete und den mehr radicalen Liberalismus vertrat. Am nächsten stand ihm M. T. Schmidt. Den gemäßigten Liberalismus im Sinne des späteren Gothaerthums repräsentirte Beseler, mit welchem Bremer meistens übereinstimmte, während Reventlou mehr eine conservative Politik vertrat. Der Prinz kümmerte sich meistens nur um die militärischen Dinge. Eine aus so heterogenen Bestandtheilen zusammengesetzte Regierung hätte keinen langen Bestand haben können, wenn nicht der Kampf gegen Dänemark das zusammenhaltende und alle Differenzen immer wieder ausgleichende Mittel gewesen wäre. In inneren Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung ward O. meistens überstimmt. Indeß gelang es ihm durchzusetzen, daß zur Berathung und Beschlußnahme über ein schleswig-holsteinisches Staatsgrundgesetz eine durch allgemeine, gleiche und directe Wahlen gebildete constituirende Landesversammlung berufen wurde. Aber kaum war diese Versammlung am 15. August in Kiel eröffnet, so trat ein Conflict ein, welcher O. zum Austritt aus der provisorischen Regierung veranlaßte. Es war die Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen von Malmö. Das damalige Reichsministerium Heckscher-Schmerling war zu schwach, dem Drängen der preußischen Regierung auf Abschluß des Waffenstillstandes Widerstand zu leisten. Aber man besorgte, daß die schleswig-holsteinische Landesversammlung, wenn sie von den schimpflichen Bedingungen Kenntniß erhielt, durch ihren voraussichtlichen Widerspruch Schwierigkeiten bereiten möchte. Deshalb ward Max von Gagern von Frankfurt nach Rendsburg abgeschickt, um die provisorische Regierung dahin zu bearbeiten, daß sie sich in die Waffenstillstandsbedingungen füge, ganz besonders aber, daß sie eine Vertagung der eben eröffneten Landesversammlung veranlasse. O. widersprach diesem Ansinnen mit der größten Entschiedenheit, fand aber nur bei M. T. Schmidt einige Unterstützung. Dagegen Reventlou, Beseler und Bremer stimmten für Nachgiebigkeit. O. sah in diesem Beschluß einen ersten Schritt auf der abschüssigen Bahn eines verhängnißvollen Nachgebens, das schließlich zum Preisgeben des guten Rechtes der Herzogthümer führen werde. Sogleich nach diesem Beschluß erklärte O. seinen Austritt aus der Regierung, an deren Politik er sich nicht ferner betheiligen wollte, und er ließ sich auch durch die Vorstellungen seiner bisherigen Collegen nicht zum Bleiben bewegen. Am 19. August legte er sein Amt nieder und eilte zunächst nach Frankfurt, um dort im Sinne der Verwerfung des Waffenstillstandes zu wirken.

Nach der bekannten Frankfurter Katastrophe kehrte er nach Holstein zurück und ward bald darauf von der Stadt Itzehoe zum Mitglied der Landesversammlung gewählt. Seine Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang war nach dem Malmöer Waffenstillstand nur noch gering; aber er blieb doch unermüdlich thätig, bis die Politik von Olmütz auch die schleswig-

holsteinische Sache vorläufig zu Grabe trug. Sowol in der constituirenden Landesversammlung, als auch in der im J. 1850 gewählten ersten ordentlichen Landesversammlung war O. der hervorragendste Leiter der Linken. Eine entschiedene politische Ueberzeugung, ein heller Verstand, ein warmes Herz, eine gründliche und umfassende wissenschaftliche Bildung, eine genaue Kenntniß der realen Verhältnisse sowol der eigenen Heimath als auch anderer Länder, und dazu eine hervorragende Begabung als Redner — alle diese Eigenschaften in ihrer gegenseitigen Durchdringung machten ihn zu einem höchst einflußreichen Parlamentarier. Er war ebenso sehr ein fleißiger Arbeiter in den Ausschüssen, als ein eifriger und schlagfertiger Theilnehmer an den Debatten; er war ebenso sehr zu Hause in den Fragen der allgemeinen Politik, als wo es sich um die materiellen Hilfsquellen des Landes oder um geistige Güter handelte. Seine Rede trug meistens den Charakter ruhiger, leidenschaftsloser Klarheit, aber in großen Augenblicken, wenn eine mächtige Gefühlserregung ihn erfüllte, konnte er von hinreißender Wirkung sein. Kein Wunder also, daß die schleswig-holsteinische Fortschrittspartei ihn als ihr unbedingtes Haupt anerkannte. — Neben seiner parlamentarischen Wirksamkeit begann O. nun auch wieder in der Presse thätig zu sein. Die in Altona erscheinende „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ ward vom 1. April 1849 an bedeutend erweitert und mit größeren Hilfsmitteln ausgestattet, und erschien von da an als „Norddeutsche freie Presse“. An die Spitze dieses neuen freisinnigen Organs trat O. und neben ihm Otto Fock, mit dem ihn von da an ein enges und dauerndes freundschaftliches Verhältniß verband. Die eigentliche Redaction lag mehr in den Händen Fock's, während O. sich in der Regel nur durch Leitartikel oder Correspondenzen betheiligte. In dieser zwischen Parlament und Presse getheilten Wirksamkeit verstrichen die Jahre 1849 und 1850. Wollte man über das Verhalten Olshausen's zu den einzelnen Ereignissen berichten, so müßte man eine Geschichte Schleswig-Holsteins schreiben, was sich an dieser Stelle von selbst verbietet. Es genügt zu sagen, daß er in allen Fällen den Standpunkt des radicalen Liberalismus vertrat, aber dabei nur zu häufig übersah, daß eine radicale Politik in Schleswig-Holstein nicht mehr siegen konnte, nachdem sie in Deutschland längst unterlegen war. — Mit dem Anfang des Jahres 1851 traten an Schleswig-Holstein die Folgen der Olmützer Convention heran. Am 6. Januar erschienen die Bevollmächtigten der beiden deutschen Großmächte, Graf Mensdorff-Pouilly und General von Thümen in Kiel und forderten Unterwerfung unter die Bedingungen, welche ein Aufgeben des Kampfes gegen Dänemark enthielten. Die Statthalter waren getheilter Ansicht. Graf Reventlou stimmte für Annahme der Olmützer Bedingungen, Beseler war für Fortsetzung des Kampfes. So stand die Entscheidung bei der Landesversammlung. Auch in der Commission, an welche die Sache verwiesen wurde, waren die Ansichten getheilt. Als Berichterstatter der Minorität vertheidigte O. die Ablehnung der Forderungen; sein ehemaliger College in der provisorischen Regierung M. T. Schmidt vertrat als Berichterstatter der Majorität die entgegengesetzte Ansicht. Am 10. Januar Abends begann die Verhandlung im Plenum der Versammlung und währte die ganze Nacht hindurch. Erst am Morgen gegen sechs Uhr kam es zur Abstimmung. Die Versammlung entschied sich mit 47 gegen 28 Stimmen für Unterwerfung. Damit war diese Phase der schleswig-holsteinischen Geschichte beendet. Es folgte die trübe Zeit der Reaction und die Herrschaft der dänischen Rache. Aber wie traurig auch die nächsten Jahre waren, die unglücklichen Folgen eines

entgegengesetzten Beschlusses wären doch wol noch schlimmer gewesen. Für O. war die politische Wirksamkeit in schleswig-holsteinischen Dingen hiermit abgeschlossen. Die „Norddeutsche freie Presse“ überlebte den Zusammensturz der schleswig-holsteinischen Sache nicht lange; ein unabhängiges Blatt konnte unter den neuen Verhältnissen nicht bestehen. O. selbst ward bald genöthigt, das Land zu verlassen. Die deutschen Großmächte hatten keine Empfindung dafür, wie schimpflich es sei, daß Dänemark die Vorkämpfer einer Sache, für welche alle deutschen Mächte eingetreten waren, amnestiren durfte, und daß von dieser sogenannten Amnestie sogar Ausnahmen gemacht wurden. Selbstverständlich gehörte O. wie alle Mitglieder der provisorischen Regierung zu den von der Amnestie Ausgenommenen. Die engere Heimath war ihm also verschlossen. Er versuchte sich in Hamburg niederzulassen. Aber der Hamburgische Senat war so eingeschüchtert, daß ihm Olshausen's Aufenthalt in der freien Reichsstadt gefährlich schien. Im Juli ward unter nichtigem Vorwand bei ihm eine Haussuchung gehalten, und obgleich nichts Gravirendes gefunden wurde, so erhielt O. doch den bestimmten Befehl, binnen kurzer Frist das hamburgische Gebiet zu verlassen. In anderen deutschen Bundesstaaten wäre er wol ebensowenig zugelassen worden. Er beschloß also nach Nordamerika auszuwandern.

Am 5. Sept. 1851 landete er in Newyork und begab sich sogleich nach St. Louis im Staate Missouri, wo schon seit längeren Jahren sein jüngerer Bruder Arthur als Inhaber eines Buchdruckergeschäftes lebte. Hier wohnte O. bis 1856 und war meistens mit literarischen Arbeiten beschäftigt. Er faßte den Plan, in einem großen Werke die Vereinigten Staaten von Nordamerika geographisch und statistisch zu beschreiben. Als eine Art von Vorläufer erschien in Kiel 1852 eine programmartige Uebersicht. Von dem Werke selbst, welches den Titel führt: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika geographisch und statistisch beschrieben“, sind zwei Bände erschienen. Der erste Band, Kiel 1853, enthält eine Beschreibung des Mississippithals im Allgemeinen. Der zweite Bd., Kiel 1854, behandelt genauer die Staaten Missouri und Jowa. Weiter ist das Werk nicht fortgesetzt; die erschienenen Theile zeugen von sorgfältigem Quellenstudium, aufmerksamer Beobachtung und prägnanter Darstellung. Die ferner von ihm herausgegebene „Geschichte der Mormonen oder jüngsten Tages Heiligen in Nordamerika“, Göttingen 1856, ist allgemein als unparteiisch und zuverlässig anerkannt. Während seines Aufenthalts in St. Louis entging er wie durch ein Wunder einer drohenden Lebensgefahr, die durch den bekannten amerikanischen Leichtsin in Eisenbahnsachen veranlaßt war. Am 1. November 1855 sollte die Bahn von St. Louis nach Jefferson-City eröffnet werden. O. war dazu ringelnden. Als der Festzug eine große Brücke über den Gasconadefluß passirte, brach diese zusammen und der ganze Zug stürzte in die Tiefe. Die Todten und Schwerverwundeten zählten nach Hunderten; O. gehörte zu den Wenigen, die mit leichten Contusionen davonkamen. — Im Sommer 1856 siedelte O. nach Davenport im Staate Jowa über, wo sein Freund Claussen und andere Landsleute sich schon früher niedergelassen hatten. O. hatte hier in Gemeinschaft mit dem Buchdrucker Lischer den „Demokrat“, eine täglich erscheinende Zeitung, angekauft, und mit der Redaction dieses Blattes war er bis 1860 beschäftigt. Die Arbeit war aufreibend und, wie es scheint, finanziell nicht erfolgreich. O. ging deshalb 1860 nach St. Louis zurück und übernahm hier die „Westliche Post“, eine

gleichfalls täglich erscheinende Zeitung, an deren Spitze er bis 1865 stand. Das Blatt zählte bei der Uebernahme nur etwa 1800 Abonnenten; aber durch seine geschickte Redaction und unermüdliche Thätigkeit und begünstigt durch das während des bald beginnenden Secessionskrieges gesteigerte politische Interesse brachte es O. bald dahin, daß sein Blatt mit etwa 10 000 Abonnenten eines der angesehensten und verbreitetsten Organe des Westens ward. Es ist dasselbe Blatt, an dessen Spitze später Karl Schurz getreten ist. Als Herausgeber der „Westlichen Post“ hat O. den großen Krieg um die Erhaltung der Union mit durchgemacht. Selbstverständlich stand er mit voller Entschiedenheit auf der Seite der Republikaner gegen die südstaatlichen Secessionisten. Bei der Präsidentenwahl 1860 vertheidigte er nachdrücklich die Candidatur von Abraham Lincoln gegen den Demokraten Stephan Douglas. Bei dem Ausbruch des Krieges war die Bevölkerung von Missouri in ihrer Parteinahme getheilt. Die amerikanischen Einwohner schlossen sich größtentheils der Secession an, während die Union ihre Hauptstütze in den Deutschen fand, unter welchen O. sowol persönlich als auch durch die „Westliche Post“ den hervorragendsten Einfluß hatte. In St. Louis selbst kam es zu blutigen Kämpfen. Unter diesen Umständen hatte O. anfangs einen sehr schweren Stand. Abgesehen von finanziellen Schwierigkeiten, die durch die gänzliche Geschäftsstockung veranlaßt waren, bedrohten ihn persönliche Gefahren von Seiten der Rebellen, bis diese aus Missouri vertrieben waren. Dann aber gab es auch verdrießliche Kämpfe mit den eigenen|republikanischen Parteigenossen, hauptsächlich mit dem Demagogen Francis P. Blair, O. vertrat nämlich den am weitesten vorgeschrittenen Flügel der republikanischen Partei, welcher namentlich hinsichtlich der Emancipation der Sklaven ein rascheres und radicaleres Vorgehen verlangte, als dem Präsidenten Lincoln gut schien. Als Bannerträger dieser radicalen Republikaner, welche absolute Gleichstellung aller Einwohner der Union, und also nicht allein die Emancipation, sondern implicate auch schon das Stimmrecht der Neger forderten, galt Frémont, dessen Candidatur bei der Präsidentenwahl von 1864 O. deshalb auf das Eifrigste unterstützte, selbst dann noch als die Majorität für Lincoln bereits vollständig gesichert war und als es bereits feststand, daß Lincoln als alleiniger Candidat der Republikaner gegen Mac Clellan aufgestellt werde. Nach der glänzenden Wiederwahl Lincoln's befürchtete O. in der Sklavenfrage eine Fortdauer der halben Maßregeln und Compromisse. Die Niederlage, welche seine Politik erlitten hatte, verstimmte ihn sehr. Außerdem aber ließ sein durch die angestrengte und aufreibende Thätigkeit der letzten Jahre sehr geschwächter Gesundheitszustand eine längere Erholung sehr rathsam erscheinen. Er verkaufte also unter vortheilhaften Bedingungen seinen Antheil an der „Westlichen Post“, welche durch seine einsichtige Leitung auf eine hohe Stufe des Einflusses und zugleich des geschäftlichen Gedeihens gebracht und mit der auch eine große Druckerei verbunden war. Im Frühjahr 1865 reifte O. nach 14jähriger Abwesenheit nach Europa zurück, ob zu einem vorübergehenden Besuch oder zu dauerndem Aufenthalt, war wol für ihn selbst noch eine offene Frage. Er besuchte zuerst in Berlin seinen Bruder Justus, welcher damals vortragender Rath im Cultusministerium war, sowie andere Freunde, wie Georg Beseler, Haussen und Mommsen. Auch in Holstein machte er im Juni einen kurzen Besuch. Es war die Zeit des preußisch-österreichischen Condominats, während die große Mehrheit des Landes damals noch die Bildung eines selbständigen schleswig-holsteinischen Staates

unter einem eigenen Herzog erstrebte. O., der von republikanischen Ideen erfüllt war, konnte der Schöpfung eines neuen monarchischen Kleinstaates keinen Geschmack abgewinnen, während die Schleswig-Holsteiner wiederum seinen Republikanismus für eine unpraktische Träumerei hielten. Aus Holstein zurückgekehrt, machte O. eine größere Reise den Rhein aufwärts nach der Schweiz und nach Oberitalien. Unterwegs wurden alte Bekannte begrüßt, so Wilhelm Beseler in Bonn, Arnold Ruge in Heidelberg, von Rappard in Interlaken. Nachdem auch Tirol und das Salzkammergut noch besucht war, kehrte er im Herbst nach Hamburg zurück. Im October war er wieder kurze Zeit in Berlin; aber weder körperlich noch geistig sagte die dortige Atmosphäre ihm zu. Den Winter verbrachte er in Zürich, mit historischen, politischen und socialen Studien beschäftigt. Allmählich reifte nun auch bei ihm der Entschluß, nicht mehr nach Amerika zurückzukehren, und da das Klima der Schweiz ihm eben so zuzusagen schien, wie die freiere politische Atmosphäre, so richtete er sich in Oberstraß bei Zürich eine behagliche Wohnung ein. Hier lebte er fortan in Ruhe und Zurückgezogenheit. Einen lebhafteren Antheil nahm er zuletzt noch an den Bestrebungen der Friedensliga, deren praktische Bedeutung für unsere europäischen Verhältnisse er wol überschätzen mochte. Von Zürich ließ er auch noch ein kleines Flugblatt ausgehen, das gewissermaßen als sein politisches Testament zu betrachten ist, das aber doch beweist, daß ihm in Amerika das Verständniß der deutschen Dinge einigermaßen abhanden gekommen war. Die kleine anonym erschienene Schrift führt den Titel: „Die deutsche Lebensfrage. Von Freunden deutscher Freiheit und Einheit in der Schweiz“. Zürich 1866. Der Grundgedanke ist, daß Deutschland nur auf dem Wege der Republik zur Freiheit und Einheit gelangen kann, nicht aber durch seine Fürsten, noch mit ihnen. Deshalb sollen wir erstreben „einen festen, alle deutschen Staaten umfassenden Nationalverband und eine auf den Grundsatz der Rechtsgleichheit gebaute, republikanische Verfassung“. Denn „die Selbstregierung des Volkes erträgt keine fürstliche Macht an der Spitze“. Am meisten Sorge macht ihm die süddeutsche Volkspartei, welche einen Föderativstaat getrennter kleinerer Republiken herstellen wolle. Er verlangt dagegen eine einheitliche Republik, innerhalb welcher dann provinzielle Eigenthümlichkeiten der Verwaltung bestehen mögen. Deshalb müsse die Frage: ob Republik, ob Monarchie? offen vor dem Volke besprochen werden, bis jeder Deutsche von republikanischen Gesinnungen durchdrungen sei. Die Gründung des deutschen Reiches mit monarchischer Spitze sollte O. nicht mehr erleben. Eine schwere Krankheit, die er im Anfang des Jahres 1868 durchzumachen hatte, ließ eine dauernde Schwäche zurück. Der Wunsch, seinen Verwandten näher zu sein, veranlagte ihn, im Sommer 1868 nach Hamburg überzusiedeln, wo seine zwei verheiratheten Schwestern wohnten. Hier fand er die liebevollste Pflege und verlebte den Winter im Ganzen ziemlich wohl. Er machte schon Reisepläne für den Sommer. Da trat im März eine plötzliche Abnahme der Kräfte ein. Gegen Ende des Monats hatte er einen Schlaganfall. Am 31. März 1869 ist er sanft entschlafen.

Arnold Ruge hat von O. gesagt, er sei bis in sein Alter jung geblieben und dies ist ein wahres Lob. O. war ein scharfer Denker, aber keineswegs ein bloßer Verstandesmensch. Er hatte ein warmes Herz namentlich für die Leiden der niederen Volksclassen. Bei aller Festigkeit der Ueberzeugung hatte er stets eine milde gewinnende Form und große persönliche Liebenswürdigkeit. Er war nie

verheirathet. Nichts war ihm mehr verhaßt, als hohle Phrafenhaftigkeit und charakterlose Halbheit. In unwesentlichen Punkten gab er leicht nach, niemals in principiellen Hauptfragen, Er hat viele Gegner gehabt, und den meisten denkenden Politikern seiner engeren Heimath ging sein Radicalismus zu weit. Aber niemand hat jemals die uneigennützigte Lauterkeit seines Charakters bezweifelt. Er war ein Mann von antiker Geradheit und Einfachheit des Wesens, und bedürfnißlos wie er war, hatte er immer nur das Wohl des Ganzen, nicht das eigene als höchstes Ziel im Auge. Kurz. O. gehörte zu der Schaar jener muthigen Pioniere, welche den Ideen der Zukunft die Wege bahnen auf die Gefahr hin, mit der eigenen Existenz die Laufgräben zu füllen.

Literatur

Biographische Skizze von Otto Fock im Feuilleton der Nationalzeitung 1869 Nr. 161 vom 8. April.

Autor

Lorentzen.

Empfohlene Zitierweise

, „Olshausen, Theodor“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1887), S. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
